

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 48. Ratssitzung vom 15. April 2015

879. 2015/81

Postulat von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 18.03.2015:

Schaffung einer Anlaufstelle für die Bewirtschaftung von Zwischennutzungsflächen bei städtischen Liegenschaften

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Katharina Prelicz-Huber (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 804/2015): Günstiger Raum für Wohn-, Kunst- oder Arbeitsexperimente, für Ateliers, Übungsräume, Gewerbe oder (sozio-)kulturelle Einrichtungen ist sehr knapp. Deshalb hat sich der Stadtrat dafür ausgesprochen, dass vorhandener Raum möglichst lange und optimal genutzt wird. Bisher sind in mögliche Zwischennutzungen von städtischen Liegenschaften aber verschiedenste Departemente und Abteilungen involviert, was zu komplizierten und langwierigen Abläufen führt. Da Zwischennutzungen normalerweise von kurzer Dauer sind, ist so viel Aufwand übertrieben. Zwischennutzungen sollen unkompliziert und schnell verwirklicht werden können. Die Bezeichnung einer zentralen Stelle macht deshalb Sinn und kann auch für Personen hilfreich sein, die ausdrücklich eine Liegenschaft für eine Zwischennutzung suchen. Was unkompliziert läuft, kann kostenneutral sein – damit wäre wirklich allen gedient.*

***Andreas Egli (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 8. April 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Solange das Postulat städtische Liegenschaften betrifft, ist die Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) die richtige verwaltungsinterne Koordinationsinstanz. Es ist die ureigene Aufgabe des Stadtrats, eine Anlaufstelle mit Kompetenzen zu betrauen. Für eine kostenneutrale Umsetzung dieser Aufgaben braucht es kein Postulat. Sollte die IMMO ihre Aufgaben nicht wahrnehmen, müssten allenfalls die parlamentarischen Untersuchungsinstanzen aktiv werden. Soweit das Postulat auch private Anbieter und Nutzer miteinbezieht, ist darauf hinzuweisen, dass die Immobilienverbände beim Stadtrat bereits Interesse für eine Koordinationsstelle angemeldet haben. Ebenfalls zu erwähnen ist, dass es bereits private Anbieter gibt. Wir würden auch ein Postulat mit geändertem Text ablehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Roberto Bertozzi (SVP):** Eine zentrale Anlaufstelle wäre sinnvoll, wenn die Stadt durch die kurzfristige Vermietung von Wohn- und Gewerberäumen Mehreinnahmen generieren könnte. Mit den bestehenden Ressourcen ist eine kostenneutrale Umsetzung aber nicht möglich. Auch ist eine optimale Zwischennutzung privater Liegenschaften nicht Aufgabe der Stadt.*

Karin Weyermann (CVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine städtische Anlaufstelle bezeichnet werden kann, die für die Aufnahme, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Zwischennutzungsflächen bei städtischen und ~~(wenn gewünscht)~~ sofern im städtischen Interesse bei privaten Liegenschaften zuständig ist. Sie soll die Anfragen und Bewerbungen für die Zwischennutzung entgegennehmen, bearbeiten, die Koordination zwischen den verschiedenen Verwaltungsabteilungen übernehmen und die Kompetenzdelegation für eine möglichst schnelle Abwicklung erhalten. Bei privaten Liegenschaften hat sie diese in erster Linie an private Anbieter zu verweisen. Die Umsetzung soll kostenneutral erfolgen.» Wir finden es grundsätzlich gut, wenn Gebäude nicht leerstehen, sondern zwischengenutzt werden. Die Stadt soll aber nicht einfach eine Dienstleistung anbieten, die auch von Privaten erbracht wird, sondern sich auf die Koordination von städtischen Dienstabteilungen beschränken. Nur wenn städtische Interessen im Spiel sind, soll die Stadt ihr Know-how auch Privaten anbieten.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Auch die GLP-Fraktion findet, dass Zwischennutzungen möglichst unkompliziert, transparent und vorausplanend angegangen werden sollten. Auf den ersten Blick wirkt die vorgeschlagene Anlaufstelle durchaus vernünftig. Doch angesichts der umfassenden Aufgabenzuteilung ist eine kostenneutrale Umsetzung kaum realistisch. Dass man sich um eine optimierte Raumnutzung innerhalb von städtischen Liegenschaften bemüht, und Zuteilungen an Interessenten auf transparente Art und Weise sowie möglichst schnell ablaufen, scheint uns selbstverständlich. Sollte dies nicht der Fall sein, so sind wir zuversichtlich, dass verwaltungsintern eine Lösung gefunden werden kann. Wir lehnen das Postulat auch mit der Textänderung ab.

Roger Liebi (SVP): Die Stadtverwaltung wäre gross genug, um solche Koordinationsaufgaben nebenher wahrzunehmen. Aber gerade wegen ihrer Grösse weiss offenbar niemand mehr, wo Liegenschaften freistehen. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass man danach trachtet, Liegenschaftenbesitzer – auch private – zu verpflichten, bei der Stadt vorstellig zu werden. Der Textänderungsantrag wirkt unentschlossen und bleibt unklar: Es könnte durchaus sein, dass die ganze Umsiedlungspraxis der allseits bekannten, chaotischen Hausbesetzerbrüder dann plötzlich auch «im städtischen Interesse» wäre.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die von Roger Liebi (SVP) befürchtete Möglichkeit eines Zwangs bedürfte sicher Gesetzesänderungen, die nicht in städtischer Kompetenz liegen. Die SP-Fraktion unterstützt Zwischennutzungen bekanntlich. Uns geht es hier im Wesentlichen auch um eine Bündelung der Kräfte. Deshalb können wir mit dem Textänderungsantrag gut leben: Zwischennutzungen sollen effektiv ermöglicht werden. Es gilt aber darauf zu achten, dass – im guten Willen um Gleichbehandlung – durch eine solche Anlaufstelle keine lähmenden Formalismen aufgebaut werden.

Roger Tognella (FDP): Die Textänderung vermag den Postulatstext nicht zu verbessern; sie macht ihn sogar noch schlechter.

3 / 3

Andreas Egli (FDP): Die Textänderung wird Tür und Tor öffnen für zusätzlichen Aufwand in der Verwaltung sowie für verdeckte Subventionen. Wir werden ein genaues Auge darauf haben, dass die Kosten einer solchen Koordinationsstelle transparent dargestellt werden.

Roger Liebi (SVP): Offenbar unterstützt die AL das Postulat auch nicht. Die Haltung der CVP erstaunt mich.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Die Zwischennutzung in der Stadt Zürich ist bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte, namentlich in den Bereichen Wohnen, Kultur, Jungunternehmertum. In den letzten Jahren hat die Zwischennutzung an Bedeutung gewonnen. Aus diesem Grund überlegen wir uns ohnehin, wie Zwischennutzungen optimiert und besser organisiert werden könnten. Dabei legen wir Wert auf Schnelligkeit und Einfachheit und sind bemüht, Initiativen von privater Seite nicht zu konkurrenzieren.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine städtische Anlaufstelle bezeichnet werden kann, die für die Aufnahme, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Zwischennutzungsflächen bei städtischen und ~~(wenn gewünscht)~~ sofern im städtischen Interesse bei privaten Liegenschaften zuständig ist. Sie soll die Anfragen und Bewerbungen für die Zwischennutzung entgegennehmen, bearbeiten, die Koordination zwischen den verschiedenen Verwaltungsabteilungen übernehmen und die Kompetenzdelegation für eine möglichst schnelle Abwicklung erhalten. Bei privaten Liegenschaften hat sie diese in erster Linie an private Anbieter zu verweisen. Die Umsetzung soll kostenneutral erfolgen.

Das geänderte Postulat wird mit 59 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat